Nr. 100
A 51
Morgen-Ausgabe

Berlin

Donnerstag, 28. Februar 1929
V

Vossische Zeitung

Gegründet 1704

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereint. Täglich: „Unterhaltungsblatt", „Finanz- und Handelsblatt" — Sonntag: Dazu die illustrierte Beilage „Zeitbilder" und „Literarische Umschau" — Mittwoch: „Reise und Wanderung". — Donnerstag: „Recht und Leben".

Wöchentlich 1.— Mark, monatlich 4.30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise: mm-Zeile 30 Pfennig. Familien-Anzeigen mm-Zeile 18 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (im Ausn.d.Handelsteils): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein. Amt Dönhoff (A 7) 3600—3665 für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonte Berlin 660.

Besuch bei Aman Ullah

Im Flugzeug nach Kandahar

Der Sonderberichterstatter der „Chicago Tribune", Larry Rue, ist im eigenen Flugzeug von Teheran nach Afghanistan geflogen, um im Hauptquartier des Erkönigs Aman Ullah zu erfahren, was eigentlich in Afghanistan vorgeht. Seine ersten telegraphischen Berichte sind soeben eingelroffen. Larry Rue labelt:

Ich bin soeben von Kandahar zurückgekehrt, wo ich fünf Tage lang Gast des Königs Aman Ullah gewesen bin, der mir eine Erklärung über seine Abdankung gegeben hat. Ich habe 4400 Kilometer mit einem einmaschinigen Junkers-Flugzeug über ein Land gemacht, wo Natur und Mensch darin wetteifern, eine etwaige Notlandung so gefährlich zu machen, daß der afghanische Gesandte in Teheran mir glatt die Einreiseerlaubnis verweigerte, weil er meinen Flug als planmäßigen Selbstmord verurteilte.

Die Schwierigkeit nach Afghanistan zu gelangen, wurde noch dadurch vergrößert, daß mein deutscher Aeroplan nicht in Indien landen durfte, so daß wir Benzin für einen Aktionsradius von 1500 Kilometern mit uns führen mußten. Wir starteten von Duzdab, dem persischen Flugfeld nächst der afghanischen Grenze mit einem Uebergewicht von 400 Pfund bei äußerst ungünstigem Wetter; ein Gebirgssturm warf uns noch auf persischem Territorium um 160 Kilometer zurück und wir brauchten drei Tage, ehe wir die von Räubern heimgesuchten Grenzgebiete zwischen Afghanistan und Persien hinter uns hatten.

Endlich erblickten wir die von hohen Mauern geschützte Stadt Kandahar, auf deren Flugfeld wir von Polizei und Kavallerie gegen den Mob geschützt wurden, der unseren Aeroplan an der Landung verhindern wollte. Nach einigen Minuten erschienen Soldaten in zerrissenen Uniformen, die unser Flugzeug bewachten, während wir in einer großen Limousine durch die von Wachtposten beschützten Stadttore nach Kandahar einzogen.

Wir hielten an einer wohlbewachten Tür vor dem Lehmhaus des Gouverneurs, das jetzt das Absteigequartier des Königs ist. In einem täglich beleuchteten, ärmlich möblierten Raum — dem Büro des Ministers des Innern — erklärten wir bei einer Tasse Tee dem Zeremonienmeister und Chefdolmetsch des Königs, Abdul Wahabd, einem Oxford-Mann, wer wir sind, und was wir wollen. Der Dolmetsch verschwindet und kommt nach einigen Minuten mit dem Hofmarschall zurück, der uns begrüßt und im Namen des Königs willkommen heißt. Der König ließ uns sofort bitten, ihm einen großen Dienst zu erweisen. Unser Aeroplan möge seine Schwester sowie seine Schwiegereltern nach Peraat bringen, wo die Prinzessin unter günstigeren Umständen . . . entbinden könne als in Kandahar.

Am zweiten Tage meines Aufenthaltes in Kandahar gab mir der König folgende offizielle Erklärung:

„Ich habe abgedankt, weil ich zur Zeit der ersten Attacke auf Kabul unter dem Eindruck stand, der Angriff sei gegen mich persönlich gerichtet. Ich wünschte damals meinem Volk zu zeigen, daß ich nicht aus persönlichem Ehrgeiz die Königswürde, sondern nur das Wohl des Landes gesucht habe. Ich wollte Blutvergießen durch meine Abdankung verhüten.

Später sah ich aber, daß der Angriff nicht gegen mich gerichtet gewesen ist, sondern aus selbstsüchtigen Motiven eines Räubers, der König werden wollte, entstanden ist. Die Verschwörer zeigten klar durch ihre Handlungen, daß weder Patriotismus noch der Wunsch, das Volkswohl zu fördern, noch auch Achtung vor den Menschenrechten seiner Einwohner, sondern nur Mächtiger sie leiteten. Die herzzerreißenden Grausamkeiten der Rebellen hatten immerhin die eine gute Wirkung, daß sie die Luft reinigten. Jene, die meine Gegner wegen meiner sogenannten westlichen Reformen gewesen sind, versprechen mir neuerlich ihre Treue.

Gott ist mein Zeuge, daß nicht ich verantwortlich bin für das vergossene Blut. Trotzdem muß ich aber mich darauf vorbereiten, daß noch mehr Blut fließen wird, ehe Afghanistan wieder ein Land wird, in dem Gesetz, Ordnung und Friede das Leben der Bevölkerung schützen.

Der König lehnte jede Erklärung ab, welche die Klagen seiner Minister gegen England hätten unterstützen können, obwohl allbekannt ist, daß Colonel Lawrence die Revolution angefacht hat. Der König gab nur zu, daß die Geistlichkeit fanatisch gegen seine Reformen auftrat, die sie ihrer herkömmlichen Rechte und Vorrechte beraubte und ihr allmächtiges Ansehen in allen Fragen des sozialen, religiösen und wirtschaftlichen Lebens untergrub.

Das Interview hinterließ mir einen vollständig unbefriedigenden Eindruck. Obwohl der König behauptet, daß aus allen Teilen des Landes Delegationen zu ihm kommen, um ihn gegen seinen Feind zu unterstützen, weigert er sich unter allen möglichen Ausflüchten, mir eine Liste der Stämme zu geben, die seiner Sache treu sind. Die Wahrheit ist, daß der König selbst nicht weiß, auf wen er rechnen kann. Er verfügt über 1500 Mann in Kandahar und vielleicht 3000 bei Kalet an der Front gegen Kabul. Wenn er sagt, er verlasse sich auf die Unterstützung der „öffentlichen Meinung" Afghanistans, so sind alle Kenner Afghanistans darüber einig, daß es so etwas wie öffentliche Meinung dort gar nicht gibt, und daß die Unterstützung der verschiedenen Stämme unabänderlich eine Frage der Geldunterstützung ist, die man zahlen kann. Der König zahlt etwa 35 Mark Monatslohn jedem Soldaten, aber das Geld geht aus, und wenn er nicht neues bekommt, sind alle seine Hoffnungen auf Sand gebaut. Die wichtigsten Stämme, die zu ihm halten, hängen an der Frage „Wer zahlt mehr?"

Utrecht im Unterhause

Chamberlain indisponiert

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

wbe **London**, 27. Februar

Im Unterhaus wurden heute nachmittag vor leeren konservativen und gutbesetzten Bänken der Arbeiterpartei eine Anzahl Interpellationen über den französisch-belgischen Militärpakt vom Unterstaatssekretär des Foreign Office beantwortet, der die besonders in eingeweihten Kreisen überraschende Mitteilung machte, daß er statt Chamberlain spreche, weil der Außenminister „ganz leicht indisponiert sei", eine Mitteilung, die den ironischen Zwischenruf „diplomatisch" auslöste.

Die Fragen, die der Regierung vorgelegt wurden, lauteten:

Wedgewood (Arbeiterpartei) fragte, „was die Regierung über den Inhalt des französisch-belgischen Militärpaktes von 1920 und des Zusatzvertrages von 1927 wisse, welche Verpflichtungen England in einem englisch-belgischen Vertrage vom 7. Juli 1927 eingegangen sei und ob die Verpflichtungen dieses Vertrages aus dem Locarno-Vertrag herrührten bzw. ob englisch-deutsche Vereinbarungen mit demselben Zweck abgeschlossen seien."

Der ehemalige englische Botschafter in Rom, Sir Rennel Rodd (konservativ), fragte, ob der Außenminister über einen Geheimvertrag orientiert ist, der zwischen Frankreich und Belgien parallel mit dem in Genf registrierten Bündnisvertrag abgeschlossen sei, und ob er Informationen habe über die Interpretation dieser Militärkonvention in Besprechungen, die im Jahre 1927 zwischen französischen und belgischen Generalstabsoffizieren stattgefunden hätten.

Malone (Arbeiterpartei) fragte, ob die englische Regierung Besprechungen mit Frankreich und Belgien veranstaltet habe über die Mitwirkung englischer mit französisch-belgischen Truppen und ob Verpflichtungen dieser Art eingegangen seien.

Der Abgeordnete Davis fragte, ob ein englisch-belgischer Vertrag im Jahre 1927 abgeschlossen sei und ob nach der Unterschrift des Vertrages von Locarno Besprechungen englischer Offiziere mit französischen und belgischer Offizieren über Vorkehrungen gegen einen unprovozierten deutschen Angriff getroffen worden seien.

Der Unterstaatssekretär gab daraufhin die Erklärung ab, daß der englischen Regierung nur bekannt sei, daß Belgien und Frankreich am 7. November 1920 dem Völkerbund einen Notenwechsel mitgeteilt hätten, in dem beide Regierungen sich mit dem Abschluß eines Militärvertrages zwischen beiden Ländern einverstanden erklärten, der den Zweck haben sollte, Sicherungen und Friedensgarantien des Völkerbundes und des Friedensvertrages weiter zu verstärken. **Die englische Regierung, englische Stabsoffiziere und Militärattachés hätten weder in Brüssel noch in Paris sich an irgendwelchen Verhandlungen über die Ausführung dieses Vertrages von 1920 beteiligt.**

Auf die Zusatzanfrage von Wedgewood, ob die Regierung die Zusage geben könne, daß sie auch in Zukunft mit Frankreich und Belgien keine militärischen Unterhaltungen führen lassen werde, die sie nicht gleichzeitig mit Deutschland führe oder zu führen bereit sei, erklärte der Unterstaatssekretär, **daß die Regierung keinen Schritt unternehmen werde, der im Widerspruch zum Wortlaut oder Geist des Vertrages von Locarno stünde.**

*

In dieser englischen Regierungserklärung war die Feststellung nicht weiter überraschend, daß England sich seit Locarno nicht auf neue offizielle, offiziöse oder private Militärunterhaltungen und Verpflichtungen eingelassen hat. Oeffentliche Meinung und Parlament haben oft genug zu erkennen gegeben, daß eine Verpflichtung Englands in Europa über den Rahmen der Völkerbundsatzung und des Vertrages von Locarno hinaus nicht in Frage komme und daß das englische Parlament sich wie bei der Interpretation der Entente im Jahre 1914 die letzte Entscheidung vorbehalte.

Um so überraschender und verblüffender mußte es wirken, daß der englische Regierungsvertreter mit seinem Wort auf die Erklärungen in Paris und Brüssel Bezug nahm, mit der einen Einschränkung, daß die Mitwirkung des englischen Militärattachés bei den Besprechungen von 1927 kategorisch bestritten wurde, die Veröffentlichung des holländischen Blattes als im übrigen — also in der Hauptsache — im wesentlichen richtig behandelte.

Offenbar also ist in der gestrigen Abendsitzung des Kabinetts der Beschluß gefaßt worden, von englischer Seite nur auf die Einbeziehung des englischen Militärattachés in die Veröffentlichung des holländischen Blattes zu antworten und es im übrigen der öffentlichen Meinung des Kontinents zu

Fraktionsstrategie

Zum Schaden des parlamentarischen Systems

Der Reichskanzler hat, nachdem er gestern von Dr. Stresemann und Dr. Scholz die Interpretation des bekannten Beschlusses des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei erhalten hatte, an die für die Mehrheitskoalition in Betracht kommenden Parteien die Einladung zu einer gemeinsamen Aussprache gerichtet. Ihr Zweck war, festzustellen, ob eine Mehrheitsbildung mit fraktioneller Bindung aller Fraktionen möglich sei, und ob sich über die Finanzlage eine Verständigung zwischen den Parteien erreichen lasse.

Das Zentrum hat beschlossen, an dieser interfraktionellen Besprechung nicht teilzunehmen, sondern erst abzuwarten, ob zwischen den augenblicklich in der Regierung vertretenen Parteien, den Demokraten, der Deutschen Volkspartei und den Sozialdemokraten, sich ein Einvernehmen habe erreichen lassen.

Das strategische Spiel der Fraktionen beginnt also von neuem, und diesmal ist es wieder das Zentrum, das Schwierigkeiten macht. Denn unter allen Umständen bedeutet das Fernbleiben des Zentrums, selbst wenn man die Wahrscheinlichkeit eines Erfolges der interfraktionellen Aussprache höher einschätzt, als das gestern im Reichstag der Fall war, eine Erschwerung der Verhandlungen und einen unnötigen Zeitverlust, während die innerpolitische Situation sich immer schwieriger gestaltet und zu einer raschen, klaren Entscheidung drängt.

Die Fraktionsstrategen kümmert das anscheinend wenig . . .

*

Die „Nationalliberale Korrespondenz" veröffentlicht eine Erklärung, wonach die Meldung, daß in dem zur Veröffentlichung bestimmten Manuskript der Rede Stresemanns ein Satz weggelassen sei, der dahin verstanden worden sei, daß Dr. Stresemann aus Gesundheitsrücksichten es vielleicht für wünschenswert halten würde, sich aus dem politischen Leben zurückzuziehen, teilt uns der Pressedienst der Deutschen Volkspartei mit, daß hier ein Irrtum vorliege. Die Botschaft Stresemanns an die Partei sei ohne jede Kürzung Wort für Wort der Presse mitgeteilt worden. Das Mißverständnis könne sich nur auf zwei Bemerkungen in der Debatte mit Stresemann beziehen. Stresemann habe mehrere Male in der Aussprache das Wort ergriffen, dabei habe er bei einer Gelegenheit der bestimmten Erwartung Ausdruck gegeben, daß die Partei sich stets, auch in späteren Zeiten, wenn er, Dr. Stresemann, nicht mehr an der Spitze stehe, sich nur von dem Geist der Verantwortung werde leiten lassen. Ein anderes Mal habe er erklärt, daß er sich aus dem politischen Leben zurückziehen werde, wenn die unverantwortliche Ausgabenwirtschaft der Parteien so weitergehen würde.

0347